

2017-03-21

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am
28.02.2017**

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:35 Uhr
Sitzungsort: Dessauer Verkehrs GmbH, Erich-Köckert-Str. 48, 06842
Dessau-Roßlau

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Schwabe, Jörg unentschuldigt

Fraktion der AfD

Benckenstein, Silke unentschuldigt

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, begrüßte und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es waren sieben Mitglieder des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt anwesend.

Die Anwesenheitsliste liegt als Anlage 1 bei.

Herr Schönemann teilte mit, dass ab 14:30 Uhr eine Vor-Ort-Begehung des Stadtteils Süd/Heideburg/Törten mit dem Stadtbezirksbeirat stattgefunden habe. Es habe Absprachen über die Aktivitäten bezüglich des Bauhausjubiläums 2019 gegeben. Besonderes Augenmerk lag hierbei auf der Aufwertung des ehemaligen Konsumgebäudes und der Erschließung der Zuwege zu entsprechenden Attraktionen in dem Quartier der Bauhaussiedlung Dessau-Törten. Die Akzeptanz des Bauhauserbes soll bei Eigentümern und Bewohnern der Bauhaussiedlung verbessert werden. Er hält die Zusammenarbeit mit dem Stadtbezirksbeirat in diesem Quartier im Zuge des Bauhausjubiläums für konzeptionell bedeutsam. Im April werde es keine Vorortbegehung geben, aber die darauf folgende Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt im Mai soll dann in einem anderen Stadtquartier stattfinden, wo besonderes Augenmerk auf den Stadtentwicklungsprozess gelegt werden muss.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis

7 : 0 : 0

Die Tagesordnung wurde ungeändert bestätigt.

3 Genehmigung der Niederschrift vom 10.01.2017

Herr Tschammer, Fraktion der SPD, bat darum, dass Seite 3 insofern korrigiert wird, als dass er Mitglied der SPD sei. **Herr Meier, Liberales Bürger-Forum/Die Grünen**, stellte fest, dass er unter Tagesordnungspunkt 6.6 denselben Wortlaut gesagt haben soll, wie unter TOP 6.7. Er bat um Korrektur und betonte dass es wichtig sei, dass das Gesagte zum Thema „7. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Dessau - Weiterentwicklung des zentralen Versorgungsbereichs am Standort des ehemaligen Schlachthofs Dessau-Nord/Billigungs- und Auslegungsbeschluss Vorlage: BV/470/2016/III-61 im Protokoll enthalten sei. **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, betonte, dass er erwartet habe, dass die Verwaltung zu dem Protokoll im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt eine Richtigstellung abgegeben hätte, da einige Punkte unstimmig seien.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, sagte, dass er am Schluss gefragt hätte, ob es im Protokoll etwas zu korrigieren gäbe. **Herr Otto** forderte auf die Punkte 6.5, 6.6 und 6.7 zu überarbeiten und merkte inhaltlich an, dass die Firma nach der er unter TOP 7.1 gefragt habe „Franke, Baehr & Ritter GmbH“ heiße.

Herr Schönemann schlug vor, dass das Protokoll inhaltlich neu geordnet und dann ausgereicht werde. **Herr Meister, stellvertretender Dezernent für Stadtentwicklung und Umwelt**, sicherte eine Kontrolle, Korrektur und Neuausreichung, durch die zuständigen Mitarbeiter der Verwaltung, zu.

Die Abstimmung über die Niederschrift wurde auf den 04.04.2017 vertagt.

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Der Ausschussvorsitzende, Herr Schönemann, informierte, dass es in den Sitzungen vom 10.01.2017 und 09.02.2017 folgende Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gab:

Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am 10.01.2017

- 7.1 Vergabe von Bauleistungen
Ersatzneubau Schwimmhalle (ENB SH), Ludwigshafener Straße 30, 06842 Dessau-Roßlau
Los 24 - Lüftungstechnik (Verg.-Nr.: 59/2016 De-Ro)
Vorlage: BV/418/2016/III-65

Die Vorlage wurde ungeändert beschlossen. Abstimmungsergebnis: 7:0:0

Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt mit dem Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus am 09.02.2017

- 5.1 Vergabe von Planungs-, Errichtungs- und Betriebsleistungen – Los 1
„Flächendeckender Breitbandausbau der Stadt Dessau-Roßlau im Rahmen der NGA-Breitbandförderung“
Vergabe-Nr.: BBA 1-2016

Die Vorlage wurde ungeändert beschlossen. Abstimmungsergebnis: 7:0:0

- 5.2 Vergabe von Planungs-, Errichtungs- und Betriebsleistungen – Los 2
„Flächendeckender Breitbandausbau der Stadt Dessau-Roßlau im Rahmen der NGA-Breitbandförderung“
Vergabe-Nr.: BBA 2-2016

Die Vorlage wurde ungeändert beschlossen. Abstimmungsergebnis: 7:0:0

5 Einwohnerfragestunde

Anfragen durch Einwohner wurden nicht eingebracht.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Ersatzneubau Schwimmhalle Dessau, aktuelle Stand sowie Farb- und Materialkonzept

Vorlage: IV/006/2017/III-65

Frau Gresch, Fachplanerin für die Objektplanung Gebäude, informierte über den aktuellen Stand sowie das Farb- und Materialkonzept des Ersatzneubaus Schwimmhalle.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, fragte nach, ob die Farben in der Realität denen der Präsentation ähnlich seien. **Frau Gresch**, bejahte dies.

Herr Hartmann, Fraktion der SPD, betonte, dass er das Farbkonzept sehr modisch fände. Er fragte, ob diese Farbigkeit eine Akzeptanz für die Zukunft besäße und ob es Vergleichsbeispiele für die anthrazitfarbene Gestaltung der Bereiche, welche mit Wasser in Berührung kämen, gebe, da er die Gefahr von sichtbaren Kalkspritzern sähe. **Frau Gresch** antwortete, dass diese Akzeptanz gegeben sei und dass die Oberflächen entsprechend gegen Kalkablagerungen beschichtet seien. In verschiedenen Bädern sei diese Innengestaltung bisher problemlos umgesetzt worden. Durch diese innovative Art der Innengestaltung soll ein Wiedererkennungswert geschaffen werden.

Herr Dr. Jost Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, sagte, dass Dinge, die modisch sind, nach einer gewissen Zeit genau andersherum wahrgenommen werden. Er sehe die Gefahr, dass die Elemente schnell als unmodern empfunden werden. Er fragte weiterhin, ob durch die vielen dunklen Farben eine bedrückende Atmosphäre in der Schwimmhalle entstehen könne. **Herr Schönemann** betonte, dass es am Ende eine Frage des Geschmacks sei. **Frau Gresch** führte aus, dass bewusst versucht wurde, mit Kontrasten zu arbeiten. Die dabei verwendeten Farben leuchten umso mehr, je höher das Zusammenspiel der Kontraste sei. Die dunklen Flächen werden aus diesem Grund zusätzlich mit einem Kontraststreifen belegt womit ein Leuchteffekt des Streifens eintreten soll. Die Farbigkeit wird durch den Kontrast unterstrichen. **Herr Schönemann** führte aus, dass dieses Konzept von der Sache her schon lange praktiziert werde und somit nicht unmodern sei. Er halte diese Lösung für akzeptabel. Aus seiner Sicht ist die Kombination mit dem Beleuchtungskonzept sehr wichtig. **Frau Gresch** antwortete, dass in der Schwimmhalle LED Scheinwerfer geplant seien, die gleichmäßig verteilt wären. Es werde eine gleichmäßige Beleuchtung geben, da der Wettkampfsport in dieser Schwimmhalle auch unterstützt werden soll. Es sei ein modernes Sportbad. Mit der Beckenbeleuchtung sei eine Akzentuierung dennoch möglich. Durch Dimmen können unterschiedliche Lichtszenarien gestaltet werden. Es wurde auf absolute Modifarben verzichtet und zeitlose Farben verwendet.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, betonte, dass es in der Vorstellung immer schwer darzustellen sei, wie es in der Realität aussehen soll. Anhand der Unterlagen erscheine ihm vieles zu dunkel. Der Verwaltung sei es offenbar nicht wichtig, dass die Politiker mitgenommen werden, da die Ausschussmitglieder nur darüber informiert werden und es nicht beschließen können. Er habe das so zur Kenntnis genommen. Dieses Bauvorhaben sei eine Investition für die nächsten Jahrzehnte und deswegen wünsche er sich eine bessere Abstimmung. **Herr Schönemann** antwortete, dass er diese Präsentation befürworte, damit es zu einem Diskussionsprozess komme. Er sehe die Möglichkeit für die Politik sich nach wie vor dazu zu äußern und dies solle sie auch tun. Eine Art Bemusterung wolle er aber auch nicht haben. Die Verwaltung habe etwas in einer bestimmten Qualität vorgelegt und er denke, dass die Mitglieder des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt durchaus sagen können, dass sie einen anderen Akzent haben möchten. Er sei dankbar, wenn die Ausschussmitglieder Verbesserungsvorschläge benennen würden. Wei-

terhin fragte er, ob Frau Gresch auf diese Hinweise noch reagieren könnte, oder ob das vorgestellte Modell verbildlich sei.

Frau Gresch antwortete, dass das Konzept aus ihrer Sicht stimmig sei und es einen entsprechenden Leitfaden gibt. Aber es gebe durchaus auch noch Möglichkeiten der Anpassung im Detail.

Herr Schönemann sagte, dass es ein durchgängiges Konzept sei, aber wenn die Mehrheit des Ausschusses einen Hinweis gibt, sollte dieser Beachtung finden. Sicherlich wäre es nicht schlecht im Vorfeld einer solchen Entscheidung mehrere Varianten zu vergleichen und so eine größere Transparenz zu schaffen. Vielleicht könne dies bei zukünftigen Projekten Beachtung finden.

Herr Otto meinte deutlich herausgehört zu haben, dass die Architektin nichts mehr an dem Konzept ändern wolle und es bereits Ausschreibungen gegeben habe. Er habe festgestellt, dass ihm die Vorgehensweise nicht gefalle und sich deswegen nicht intensiver damit beschäftige, da die Entscheidung bereits gefallen sei. Vielleicht sehe das Konzept in Natura besser aus, als auf den Bildern. **Herr Schönemann** sagte, dass er der Verwaltung und Frau Gresch vertraue, aber dass es legitim sein, das Thema anders zu sehen. **Herr Tschammer, Fraktion der SPD**, schloss sich Herrn Schönemanns Aussagen an. Das Konzept erscheine ihm auch stimmig. Man könne nur schlecht voraussagen, was in der Zukunft als modern gelten werde. Er vertraue den Fachleuten auf diesem Gebiet. **Herr Hartmann** bewertete das Konzept ebenfalls als schlüssig und fragte sich, ob Veränderungen dort Sinn ergäben. Seine Bedenken seien durch die Vorstellung ausgeräumt worden.

Herr Meister, stellvertretender Dezernent für Stadtentwicklung und Umwelt, ergänzte, dass die Firmen im Wesentlichen gebunden seien, allerdings es immer noch eine Bemusterung gebe, wo die Materialien vorgestellt werden. Im Detail könne in diesem Zusammenhang sicher nochmal das eine oder andere abgestimmt werden, aber natürlich solle die Handschrift des Architekten erhalten bleiben. Er plädierte auf die Akzeptanz des vorgestellten Entwurfes.

Herr Dr. Jost Melchior stimmte zu, betonte aber auch, dass es sinnvoller gewesen wäre, den Ausschussmitgliedern vorher mehrere Konzepte vorzustellen. **Herr Schönemann** unterstrich, dass es nicht uninteressant wäre in Zukunft bei solchen Entscheidungen Alternativen in Abwägung zu bringen, damit die Ausschussmitglieder sich mitgenommen fühlen. In der Vorphase solle eine Zwischenstufe eingebaut werden, in der es um die Grundfindung geht.

6.2 Informationen des Dezernates für Stadtentwicklung und Umwelt

6.2.1 Sachstand Muldebrücke

Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts, führte aus, dass ursprünglich die Arbeiten am 9. Januar 2017 wieder aufgenommen werden sollten. Witterungsbedingt wurden die Bauarbeiten erst in der 4. Kalenderwoche mit mehreren Unterbrechungen wieder begonnen. Die Entwässerungskanäle auf der Weststraßenseite seien inzwischen abgeschlossen worden. Die Bordanlage werde derzeit hergestellt. Lichtsignalanlagen-schächte und Kabelkanäle wurden begonnen und auf der Ostseite sind die Entwässerungskanäle bereits hergestellt. Gegenwärtig werden die Kabelanlagen am Rondell und die Anbindung für eine Trasse der Telekom hergestellt. Der Neubau der Brücke sei im Rohbau fertig. Die derzeit anstehenden Arbeiten, brauchen extrem günstige Witterungsbedingungen. Eine Verkehrsfreigabe bis Ende Juni ist gemäß Steuerungsplan möglich, wenn diese witterungsbedingten Arbeiten Ende März beginnen können. Er halte diese Einschätzung unter den jetzigen Bedingungen für realistisch. Weiter informierte er darüber, dass das

Schiedsgutachten in der 13. KW in der Endfassung vorliegen soll. Die strittigsten Punkte der Bauablaufstörung seien damit abgeklärt. Vor der endgültigen Anerkennung solle dieses Gutachten dem Stadtrat noch einmal vorgelegt werden. Der Gremienvorbehalt werde somit eingehalten. Bei beidseitiger Anerkennung wäre somit die Grundlage für die endgültige finanzielle Auseinandersetzung geschaffen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

6.2.2 Sachstand Kavalierstraße/Umfeldgestaltung Bauhausmuseum

Herr Jähne, Projektsteuerer Bauhausmuseum/Kavalierstraße, informierte, dass aus Sicht der Projektsteuerung die Punkte Inhalt/Qualität, Terminplanung, Kostenentwicklung und Finanzierung im grünen Bereich der Planung sind und sich positiv entwickeln. Schwerpunkte der Präsentation von Herrn Jähne waren die Funktionalbeleuchtungskonzeption und die Terminplanung/Bauphasen.

Die Präsentation liegt als Anlage 2 bei.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, fragte nach, ob es sich bei dem Gezeigten mehr um Lichtquellen als um Lampen handele. **Herr Jähne** bejahte dies. Für die Lampen gäbe es keine Extramasten, sondern die Fahrleitungsmasten der DVG.

Herr Schönemann erkundigte sich zur Lichtfarbenqualität. **Herr Jähne** antwortete, dass derzeit 3000 Kelvin verwendet werden sollen und das Licht somit Gelbliche übergehe. Das war eine Vorgabe des Fachplaners und der Stadtpflegebetrieb habe diese übernommen.

Ob eine Inszenierung des Lichtes möglich wäre, erkundigte sich **Herr Schönemann**. **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, entgegnete, dass am 09.03.2017 der Gestaltungsbeirat tage und genau dort solche Dinge vorgestellt werden. In diesem Zusammenhang sei unter anderem eine grobe Anstrahlung verschiedener Objekte geplant und eine solche Vorführung auch denkbar.

Herr Schönemann betonte, dass es wünschenswert wäre, wenn die Ausschussmitglieder die Möglichkeiten hätten, diesen Entscheidungsfindungsprozess zu begleiten und somit die getroffene Entscheidung am Ende auch zu verteidigen. Die Verwaltung würde so auch den Wünschen der Räte ein Stück entgegen kommen.

Herr Dr. Jost Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, fragte, ob es richtig sei, dass die Lampen nach unten überall abgedeckt sind und ob dies sinnvoll wäre. **Herr Jähne** erklärte, dass die Leuchtkörper nach unten geschlossen sind, er sich in diesem Zusammenhang aber auf die Aussagen von Beleuchtungsexperten verlassen müsse.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, führte aus, dass er bereits wiederholt gesagt habe, dass er sich ein reales Anschauungsobjekt wünsche, da manche Details in der Präsentation nur schwer erkennbar seien.

Herr Schönemann betonte, dass es hilfreich wäre, die Lampenexemplare real vorzuführen. **Herr Jähne** führte aus, dass es natürlich möglich sei, die Lampen vor Bestellung vorzuführen. Vor Bestellung werden die einzelnen Lampen immer in der Realität geprüft. Es bestehe somit immer die Chance einzugreifen.

Herr Dr. Jost Melchior fragte weiterhin, ob die Fahrbahn in der Kavaliertstraße nur im Haltestellenbereich abgesenkt werden soll. **Herr Jähne** bejahte dies und führte weiter aus, dass aber ansonsten Barrierefreiheit herrsche.

Herr Hartmann, Fraktion der SPD, fragte nach, ob die Weihnachtsbeleuchtung auch Inhalt der Planung sei. **Herr Jähne** sagte, dass die Weihnachts- und Funktionsbeleuchtungen in der aktuellen Kostenplanung enthalten sind. Die vorgestellten Zusatzoptionen sind davon abhängig, wie der Finanzstand des Projektes bei Bauabschluss ist. Für diese Optionen werden im Tiefbau Lehrrohre verlegt.

Herr Schönemann bat darum, dass der Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt zum nächsten Gestaltungsbeirat eingeladen wird. **Frau Jahn** sicherte dies zu. Des Weiteren hinterfragte **Herr Schönemann**, ob es bereits Abstimmungen mit dem Museum gegeben habe, da dieses ebenfalls eine Lichtquelle darstelle. **Herr Jähne** antwortete, dass es eine Abstimmung mit dem Lichtplaner des Bauhausmuseums gäbe und es am Ende ein gemeinsames System geben werde. **Herr Schönemann** bat darum, dass über diesen Sachstand in Zukunft im Verlauf von Herrn Jähnes aktuellen Sachstandsbericht über Sachstand Kavaliertstraße/Umfeldgestaltung Bauhausmuseum berichtet werde. **Herr Jähne** sicherte dies zu.

Herr Schönemann erkundigte sich zudem über die weiteren Arbeitsschritte im Bereich des Odf-Mahnmals. **Herr Jähne** sagte, dass es diesbezüglich einen Stufenplan gäbe. **Frau Jahn** ergänzte, dass am 28.02.2017 eine Beschlussvorlage (BV) durch den Oberbürgermeister bestätigt wurde. Im Ergebnis geht es um die Umsetzung des Denkmals. Am 08.03.2017 wird diese BV im Haupt- und Personalausschuss beraten. In dieser werden die nächsten Schritte dargelegt und der Ausschuss soll dann entscheiden, ob sich weitere Ausschüsse diesbezüglich befassen sollen.

Herr Schönemann bat darum, dass das Szenario des Rückbaus qualifiziert begleitet wird. Die Aufarbeitung muss ziemlich schonend passieren. Auch sei die Frage der Aufarbeitung, der Vorbereitung, der Einlagerung und der Neuinstallation zu klären. Er fragte weiter, wer in diesem Zusammenhang welche Kosten trägt. **Herr Jähne** antwortete, dass der Punkt der Finanzierung in der Beschlussvorlage BV/014/2015/I-OB beschlossen wurde. Die Stadt trage die Kosten.

Herr Schönemann meinte, dass ihn dies etwas irritiere, da die Ausschreibung theoretisch klar besagt, dass die Maßnahmen, die am Standort des Museums passieren, in Regie der Stiftung Bauhaus Dessau passieren. **Herr Jähne** antwortete, dass eine privatrechtliche Vereinbarung vorläge, in der sich die Stadt dazu bekenne die Kosten zu übernehmen. **Herr Schönemann** erwiderte, dass er die Beschlussvorlage noch einmal prüfen werde. **Herr Jähne** führte aus, dass in der BV stünde, dass der Rückbau baulicher Anlagen und gegebenenfalls der Versatz von baulichen Anlagen eine finanzielle Aufgabe der Stadt sei. Aus seiner Sicht liege ein Versatz vor, für den laut BV die Kosten von der Stadt zu tragen sind.

Herr Schönemann betonte, dass das aus seiner Sicht eine Interpretation des Textes sei. So wurde der Sachverhalt zum damaligen Zeitpunkt nicht diskutiert. Der damalige Standpunkt sei der gewesen, dass das Denkmal nicht verrückt werden müsse. Nun liege ein Paradigmenwechsel vor. **Herr Meister, stellvertretender Dezernent für Stadtentwicklung und Umwelt**, antwortete, dass die Verwaltung diese Frage überprüfen werde. **Herr Jähne** entgegnete, dass in der Architekturunterlage geregelt ist, dass das Odf Denkmal im Plangebiet liegt. In der BV sei geregelt, wer die Kosten für die Ausführung trägt. Für ihn habe sich kein Paradigmenwechsel ergeben. **Herr Schönemann** sagte, dass dies zur Konsequenz hätte, dass dieser Posten haushaltsseitig dann noch eingestellt werden müsste.

Herr Otto erwiderte, dass dies auch geschehen sei. **Herr Jähne** ergänzte, dass dieser Punkt schon immer in den vereinbarten Kosten mit der Stiftung enthalten sei. **Herr Otto** sagte, dass auch wenn das Odf-Mahnmal an dem Standort geblieben wäre, Kosten für die Stadt entstanden

wären. Wenn die Baumaßnahme nun über die Förderung vom Land in der Gesamtmaßnahme, mit finanziert würde, solle man nicht mehr darüber streiten.

Herr Schönemann wies darauf hin, dass es ihm wichtig sei, dass die Umsetzung nicht an den Kosten scheitere. **Herr Jähne** betonte, dass das Projekt an den Kosten nicht scheitern werde.

Herr Schönemann fasste zusammen, dass die Finanzierung der Maßnahme also gesichert sei und unterstrich die Angst der Öffentlichkeit davor, dass das Vorhaben aus Kostengründen nicht umgesetzt werden kann. In anderen Orten seinen Denkmäler bei solchen Vorgängen verschwunden, weil die Finanzierung nicht gesichert war. **Frau Jahn** unterstrich, dass die Finanzierung durch die BV abgesichert sei.

Herr Otto fragte nach dem Sachstand im Zusammenhang mit „Kunst im öffentlichen Raum“. Der Informationsfluss erfolge sehr schleppend. **Frau Jahn** betonte, dass die zuständige Stelle die Aufgaben nur nacheinander abarbeiten könne. In einer gemeinsamen Sitzung des Gestaltungsbeirates, des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt und des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport werde in einer PowerPoint Präsentation, am 20. April 2017, über den aktuellen Sachstand informiert. Für diesen fehlen zum jetzigen Zeitpunkt noch Kosteninformationen, die eine Kollegin, die derzeit im Urlaub ist, anschließend umgehend zuarbeiten wird.

Herr Otto regte an, dass in Zukunft bei der Präsentation zum Thema Kavaliertstraße auch über den aktuellen Stand dieses Projektes berichtet werden sollte. Die Ausschussmitglieder müssten dann auch nicht nachfragen.

Herr Schönemann sagte, dass das auch das Defizit bei der Informationsveranstaltung in der Marienkirche war und dass man diesen Umstand dem Fachamt nicht vorwerfen könne. Es handle sich um ein Pilotprojekt für die zukünftige Entwicklung in Bezug auf den Umgang mit Kunst im öffentlichen Raum und dieses solle mehr System bekommen. Er wurde von Herrn Pfefferkorn bereits darüber informiert, was mit dem Brunnen im Stadtpark passiere. Über dieses Projekt müsse aber noch einmal gesprochen werden, damit dort mehr Lebensqualität geschaffen werden könne. In Zukunft solle der Stand der künstlerischen Gestaltung mit unter dem TOP „Sachstand Kavaliertstraße/Umfeldgestaltung Bauhausmuseum“ vorgestellt werden.

Herr Jähne verwies darauf, dass dies als Fachplanungsbereich, erst relativ spät in das Projekt eingreife und dessen Realisierung Mitte bis Ende 2018 geplant sei. Für diese letzten Elemente war der Zeitdruck zum jetzigen Zeitpunkt nicht ersichtlich. In Zukunft werden die entsprechenden Informationen unter dem TOP „Sachstand Kavaliertstraße/ Umfeldgestaltung Bauhausmuseum“ präsentiert.

Herr Schönemann teilte an dieser Stelle mit, dass ihm wichtig sei, dass der Kunstverein mit eingebunden wird und Dessauer Akteure beteiligt werden. **Frau Jahn** sagte, dass es bereits Gespräche mit Frau Rammelt-Hadelich, der Stiftung Bauhaus Dessau und dem Kunstverein, als den 3 wichtigsten Partnern in diesem Projekt, gegeben habe. Zum jetzigen Zeitpunkt werde an dem Kostenfaktor gearbeitet. In der Gestaltungsbeiratssitzung im April 2017 sollen verschiedene Verfahrensweisen für einzelne Maßnahmen des Projektes diskutiert und anschließend daraus eine Beschlussvorlage entwickelt werden.

Herr Schönemann gab die gedankliche Anregung, dass auf Grund der Tatsache, dass das Umfeld des Bauhausmuseums in den Parkbereich hineinstrahlt, möglicherweise eine Ausstellungsfläche im Freiraum, in Kooperation zwischen „Kunst im öffentlichen Raum“ und dem Museum möglich wäre. **Frau Jahn** erwiderte, dass diese Variante eher weniger in Betracht gezogen werde. Zum jetzigen Zeitpunkt stehen die entsprechenden Flächen im Park nicht zur Verfügung. Eine temporäre Lösung könne sich zu einem späteren Zeitpunkt sicher finden lassen. **Herr Schönemann** betonte, dass mit diesem Zusammenspiel zwischen Kunst und dem Park, natürlich ein gewisser Charme verbunden ist.

Herr Hartmann verwies darauf, dass am 20.04.2017 der Kunstverein Mitgliederversammlung habe und regte an, einen anderen Termin für den Gestaltungsbeirat zu wählen. **Frau Jahn** erwiderte, dass dieser Umstand nicht bekannt war und dass ein anderer Termin gesucht werde. **Herr**

Schönemann fasste zusammen, dass dieser wichtige Termin stattfinden werde und dass alle wichtigen Akteure dabei sind.

6.2.3 Sachstand Ostrandstraße

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, erläuterte das dieser Sachverhalt im Zuge der Haushaltsdiskussionen bereits ausführlich besprochen wurde.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, sagte, dass noch nicht abschließend darüber abgestimmt worden sei. Es gibt aus seiner Sicht noch Redebedarf. Es müsse nach Verantwortlichkeiten gefragt werden, wenn Beschlüsse des Stadtrates nicht umgesetzt werden und es müsse geklärt werden, wie damit umzugehen ist. **Herr Schönemann**, erwiderte, dass es eines Sachstandsabschlussberichtes bedarf. Im Anschluss muss der Stadtrat die Beschlusslage korrigieren. Es müsse ein Resümee gezogen werden, was, wann, wo und weshalb entschieden wurde. Der damalige Beschluss muss am Ende dieses Prozesses aufgehoben werden. Aus der Haushaltsdiskussion gingen bereits neue Impulse für einen „Kurzschluss des Rings“ hervor. Er plädiere dafür, dass das Resümee der Verwaltung und die neuen Impulse für den „Kurzschluss des Rings“ miteinander verzahnt werden. Planerisch und haushaltärarisch müsse sich dann dem Thema genähert werden. Im Augenblick sei in diesem Zusammenhang noch nichts definiert.

Herr Dr. Jost Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, merkte an, dass der entsprechende Beschluss bereits im Haushalt entschieden wurde. **Herr Meister, stellvertretender Dezernent für Stadtentwicklung und Umwelt**, ergänzte, dass es im politischen Raum verschiedene Gespräche gegeben habe, wo über die Sachlage im Zusammenhang mit dem Verkehrsentwicklungsplan berichtet wurde. Es werden 2 Beschlussvorlagen erstellt, die zum 04.04.2017 im Bauausschuss vorgestellt wird. Die Verwaltung werde dann die Einstellung des Planfeststellungsverfahrens Ostrandstraße 3. BA 2. Muldebrücke bei der zuständigen Planfeststellungsbehörde veranlassen. Die Ergebnisse der 4. Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans (VEP: Stand Dezember 2016) zur Ostrandstraße sollen hinsichtlich der alleinigen Realisierung für den Abschnitt Ringschluss Dessau-Nord durch eine erweiterte verkehrsplanerische Untersuchung zu ergänzt werden. Die verkehrsplanerischen Untersuchungsergebnisse für den Abschnitt Ringschluss Dessau-Nord sind dem Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vorzustellen. Bis zur Vorstellung und Diskussion der verkehrsplanerischen Untersuchung solle das Planfeststellungsverfahren Ostrandstraße 2. BA Ringschluss Dessau-Nord ruhen.

Herr Schönemann fasste zusammen, dass der Tagesordnungspunkt ausgesetzt werde und am 04.04.2017 wieder auf die Tagesordnung kommt.

6.2.4 Sachstand Neugestaltung Busbahnhof

Herr Link, Sachbearbeiter Tiefbauamt, informierte, über die „Umgestaltung Schnittstelle Bahnhofplatz Dessau“.

Die Präsentation ist als Anlage 3 beigefügt.

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, fragte, ob mit der Marketinggesellschaft, im Zusammenhang mit der Ausgestaltung der Besucherlenkung, zusammengearbeitet werden soll. **Herr Link** antwortete, dass er davon ausgehe, da die Dessauer Verkehrsgesell-

schaft (DVG) immer mit dieser zusammengearbeitet hat und diese Akteure deswegen in regelmäßigem Austausch stehen. Die DVG unterstütze gerne, wollen aber gleichzeitig die Leute vor Ort einbinden. Dieser Umstand betrifft sowohl den Tourismus, als auch die Fahrradhändler und Reparaturwerkstätten. Sie sollen entsprechend eingebunden werden. Kooperationen sind aus seiner Sicht wichtig.

Herr Meier fragte, ob es schon eine Idee gebe, wo die Fahrräder stehen sollen. **Herr Link** informierte darüber, dass es zeitnah einen Gesprächstermin mit der Firma geben werde, welche bereits die überdachten Fahrradständer in der Nähe des Hauptbahnhofes errichtet hat. Geplant sei, diese Fahrradständer umzurüsten, sowohl für die private Nutzung, als auch für die Schaffung eines Bereiches, wo die Leihfahrräder untergestellt werden könnten. Eine Umzäunung oder die Integration von Fahrradboxen sind dafür mögliche Szenarien.

Herr Meier erkundigte sich zudem, wie das Behindertenrelief gestaltet werden solle. **Herr Link** antwortete, dass man sich an der entsprechenden DIN Vorlage und einer ausführlichen themenbezogenen Broschüre orientiere. Für jeden Zweck des ÖPNV ist darin anschaulich dargelegt, wie das Relief gestaltet werden solle, um hilfreich und praktisch zu sein. Es müsse darauf vertraut werden, dass diese Materialien mit den Nutzern abgestimmt sind. **Herr Meier** sagte, dass er Angst gehabt hatte, dass es auf Grund verschiedener Systeme zu Problemen kommen könnte. **Herr Link** sagte, dass die aktuellen Regelungen eingehalten werden.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, teilte mit, dass die Gedankengänge aus der Vorbesprechung berücksichtigt wurden.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, fragte, ob die Anzahl der Stellplätze für Reise-, und Fernbusse ausreichend seien. Aus seiner Sicht erscheinen ihm diese etwas wenig. Diese Busse hätten eine gewisse Standzeit, die für das Be- und Entladen sowie Zu- und Aussteigen benötigt werde. Er gab die Anregung, 1 oder 2 Stellplätze mehr zu schaffen und dafür die Begrünung etwas zurückzunehmen. **Herr Link** betonte, dass es unterschiedliche Ansichten gäbe. In dem Konzept war versucht worden, die befestigten Flächen und die Versiegelung zu begrenzen. Der ÖPNV Platz würde unter der Voraussetzung gefördert, dass dort eigentlich kein Gelegenheitsverkehr stehen soll. Fernbusse seien aber legitimiert. Die Abfahrt von Reisegesellschaften gehöre eigentlich nicht auf diesen Platz.

Herr Otto fragte, wo die Busse dieser Menschen dann abfahren sollen. **Herr Link** antwortete, dass dies oft entlang der Bitterfelder Straße passiere. Bisher wurde das Stehen auf dem ÖPNV-Platz aber auch toleriert. **Herr Otto** erwiderte, dass Leute, die mit der Straßenbahn reisen würden, somit erst zur Bitterfelder Straße laufen müssten. **Herr Link** betonte, dass diese Frage noch einmal geprüft werde und noch verschiedene Szenarien für die Stellplatzerhöhung denkbar seien. Am Ende wäre es eine Frage der Organisation.

Herr Jähne, Projektsteuerer Bauhausmuseum/Kavalierstraße, erkundigte sich, ob Busse und Straßenbahnen über eine Haltestelle geführt werden könnten. **Herr Link** erwiderte, dass das Konzept dann komplett geändert werden müsste.

Herr Otto betonte, dass in dieser Frage auch noch einmal das Gespräch mit den Fördermittelgebern gesucht werden müsse. **Herr Link** sicherte dies zu. **Herr Schönemann** betonte die Bedeutung als Schnittstelle des korrespondierenden Verkehrs.

Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts, fasste zusammen, dass die Hinweise ernst genommen würden und von der Verwaltung entsprechend geprüft werden. Die maximale Stellplatzzahl und die Komponente der Fernbusentwicklung seien noch nicht abschließend festgelegt. **Herr Schönemann** betonte, dass diese Entwicklung auch auf Sicht in die Zukunft bewertet werden müsse.

Herr Jähne fragte, ob es in diesem Zusammenhang eine Bedarfsermittlung gäbe. **Herr Link** antwortete, dass es eine entsprechende Erhebung gäbe, die keine signifikante Erhöhung anzeige.

Die Linien werden bedarfsbedingt gestaltet und die Summe der Abfahrten bliebe gleich. **Herr Schönemann** betonte, dass es am Ende stimmig sein müsse.

6.2.5 Sonstige Informationen des Dezernates für Stadtentwicklung und Umwelt

Herr Meister, stellvertretender Dezernent für Stadtentwicklung und Umwelt, teilte mit, dass über das Thema OdF-Mahnmal bereits informiert wurde und dass es keine weiteren sonstigen Informationen des Dezernates für Stadtentwicklung und Umwelt gäbe.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

6.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, fragte, ob der Tagesordnungspunkt Städtebauförderung aus der Ausschusssitzung für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, wie angekündigt dahingehend überprüft wurde, ob diese Thematik im nichtöffentlichen Teil der Sitzung behandelt werden solle oder nicht. Er hatte erwartet, dass die Verwaltung im Bauausschuss dazu kurz ein paar Worte gesagt hätte. Die Prüfung des städtischen Rechtsamtes habe ergeben, dass dieser Tagesordnungspunkt zum größeren Teil im öffentlichen Teil stattzufinden hat. Er hoffe, dass dies auch in Zukunft entsprechend gehandhabt wird. Nur die Punkte, die rechtlich zwingend erforderlich sind, müssen weiterhin abgetrennt und im nichtöffentlichen Teil der Sitzung behandelt werden. Themen wie „Soziale Stadt“ und „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ sollten in Zukunft im öffentlichen Teil besprochen und beschlossen werden, da hier auch ein starkes öffentliches Interesse besteht. **Frau Jahn, Leiterin des Amts für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, erläuterte, dass die TOPs für welche die Stadt federführend sei, im öffentlichen Teil behandelt und die Sachverhalte, die private Themen betreffen, im nichtöffentlichen Teil thematisiert werden.

Herr Hartmann, Fraktion der SPD, teilte mit, dass Bewohner des Knarrbergs unzufrieden damit seien, wie sich die Entwicklung der dortigen Tiefbauarbeiten für die Gas- und Abwasseranlage gestalten und wie der Informationsfluss in diesem Zusammenhang sei. Es bestünde die Angst, dass sich die Qualität des Straßenbelages, durch die nur teilweise Sanierung im kleinen Öffnungsbereich vor jedem Haus, verschlechtere. In Informationsveranstaltungen seien Themen teils unverständlich vermittelt wurden. Er fragte, wie geplant sei, mit dem Straßenbelag im Verlauf des Bauvorganges zu verfahren und wann damit gerechnet werden könne. **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, erläuterte die Komplexität des Bauvorhabens, wo sehr viele Fachbereiche involviert seien. Die Straße sei nicht breit genug, um die Baumaßnahmen normgerecht durchzuführen. Die Hecken der Einwohner sollen nicht verändert werden. Außerdem sei die Eigentumssituation der Vorgärten problematisch. Zur langfristigen Koordination soll es einen Termin mit dem Stadtbezirksbeirat geben, wo die weitere Vorgehensweise vorgestellt werden soll. Bei der Betrachtung soll das Thema der Vorgärten abgetrennt werden, damit mit dem Bau des Mischwasserkanals begonnen werden kann. Zum Ausbau der Straßendecke könne noch keine konkrete Aussage getroffen werden, aber mit hoher Wahrscheinlichkeit soll es keinen grundhaften Ausbau geben. Durch dieses Vorgehen, könnten die Kosten und der auf dieser Grundlage existierende Widerstand minimiert werden.

Herr Hartmann fragte nach, ob der Mischwasserkanal und die Gasanschlüsse in einer Baumaßnahme verlegt würden. **Herr Pfefferkorn** bejahte dies. **Herr Hartmann** unterstrich, dass den Bewohnern wichtig sei, dass die Qualität des Straßenbelages von Bordsteinkante zu Bordsteinkante

durch die Baumaßnahme nicht weiter abnimmt. **Herr Pfefferkorn** antwortete, dass nach einer tragbaren Lösung für dieses Problem gesucht werde. **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, betonte, dass es wichtig sei, die Qualität der Baumaßnahmen, auch unter historischen Aspekten, entsprechend zu gewährleisten. Ähnliche Voraussetzungen sind in der Siedlung Dessau-Törten im Zusammenhang mit dem Bauhausjubiläum zu beachten. Es müsse genau sondiert werden, was leistbar ist und was nicht. Die Punkte, die nicht sofort umsetzbar sind, müssen wenigstens langfristig konzeptionell eingetaktet werden. Das Erscheinungsbild bei einer derartigen Siedlung könne durch eine Verschlechterung des Straßenbildes, negativ im Kontext der historischen Situation beeinflusst werden. Diese Brennpunkte sollten in die Liste der bedeutsamen Projekte im Zusammenhang mit dem Bauhausjubiläum 2019 aufgenommen werden und entsprechend Beachtung finden. Der Bürger sei auf jeden Fall bei der Entscheidung über den grundhaften Straßenausbau zu beteiligen. Langfristig müsse die Qualität so werden, dass die Bauhausstätten die Stadt aufwerten.

Herr Dr. Jost Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, fragte, ob solche Bauprojekte mit den unterschiedlichen Versorgern abgestimmt werden und warum die Kanäle für den Breitbandausbau oft zu einem anderem Zeitpunkt entstünden. **Herr Pfefferkorn** erwiderte, dass es schwierig sei, all diese Vorgänge zeitlich auf eine gemeinsame Schiene zu bekommen, aber alle Vorgänge die durch die DVV umgesetzt werden, gemeinsam koordiniert werden. Der Breitbandausbau sei hingegen mit so großflächigen Baumaßnahmen verbunden, dass diese nur schwerlich mit dem normalen Straßenaufbruch zu koordinieren seien. Für das Problem der mehrmaligen Straßenöffnung, suche er bereits nach einer finanziell leistbaren Problemlösung.

Herr Schönemann verwies darauf, dass es oft wirklich eine Frage der Fahrbahnbreite sei.

Herr Hartmann fragte, wie sich die Abrissarbeiten im Stadtbezirk Mitte – Süd mit dem Stadtentwicklungskonzept „INSEK“ vereinbaren ließen. Dieses Thema werde am 20. März 2017 wieder ausgiebig in dem entsprechenden Stadtbezirksbeirat diskutiert. Aus diesem Grund hätte er gerne die Möglichkeit eröffnet, dass sich interessierte Stadträte darüber informieren können, wie der Stand 2013 war, wie er heute ist und welche Maßnahmen künftig geplant seien. Die Verwaltung würde den Stadträten somit eine Argumentationslinie an die Hand geben. Die Anwohner sind unzufrieden und verstehen nicht, warum sie ausziehen müssen. Von dieser Maßnahme sind auch Menschen mit Einschränkungen betroffen. Dort seien einige der wenigen behindertengerechten Wohnungen der Stadt. Es müsse das Gespräch gesucht und ein Kompromiss gefunden werden, ehe der Konflikt sich verschärfe.

Frau Jahn, Leiterin des Amts für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste, sagte, dass es in diesem Zusammenhang bereits ein Strategiegelgespräch zwischen der Verwaltung und der DWG gegeben habe, in welchem festgestellt wurde, dass von dem Quartierskonzept „Leipziger Tor“ seit 2015 nichts umgesetzt sei und beschlossen wurde, dass es eine entsprechende Fortschreibung geben soll, in der das Konzept weiterentwickelt werde. Wenn diese BV entstehe, soll es eine Veranstaltung mit dem Stadtbezirksbeirat und interessierten Bürgern geben, in der gezeigt werden soll, was für Maßnahmen zur Quartiersaufwertung und für den Erhalt der Lebensqualität vor Ort greifen. Es sei aber zu bedenken, dass die Stadt und der Stadtbereich mit sinkenden Einwohnerzahlen kämpfen und dass es gegebenenfalls auch schmerzhaft Anpassungen geben müsse. Bei der Kooperation zur Problemlösung müsse man auf das starke bürgerliche Engagement vor Ort setzen und sprachlich eine Ebene finden.

Herr Schönemann verwies darauf, dass es in diesem Zusammenhang erhebliche Brüche innerhalb der öffentlichen Wahrnehmung gäbe. Der Stadtbezirk werde überdurchschnittlich oft im Stadtbild als problematisch wahrgenommen. Diesem Umstand und der Abbruchproblematik müsse sich zeitgemäß gestellt werden. An diesen Stellen könne auch Stadtentwicklung stattfinden und sich Chancen für moderne Quartiersentwicklung ergeben.

Herr Hartmann warnte davor, dass sich kein Freund – Feind – Verhältnis zwischen Mietern und der DWG entwickle, welches polarisieren würde. Der Gedanke des Abrisses solle auch mit der städtebaulichen Entwicklung in Zusammenhang gebracht werden.

Frau Jahn stimmte dieser Aussage zu und betonte, dass wenn es nicht zum Abriss dieser Blöcke käme, Leerstand drohe. Die verschiedenen weiteren Strategien sollen bei diesem genannten Termin vorgestellt werden. **Herr Schönemann** ergänzte, dass die Notwendigkeit von Mieterbeiräten Bestandteil einer Diskussion sein solle. Es müsse auf die Folgen des Bevölkerungsrückganges reagiert werden, aber die Bürgerschaft dürfe sich dabei niemals ausgegrenzt fühlen.

Herr Hartmann brachte zur Sprache, dass auch die Kreuzungsbereiche von der Abrissproblematik betroffen seien und dass die Gefahr bestehe, dass Raumkanten an der großen Kreuzung aufgeweicht werden. **Frau Jahn** antwortete, dass die Kreuzung eine Dimension habe, wo die vorhandenen Häuser dieses Manko nicht abdecken können. **Herr Schönemann** regte an, dass auch dieses Thema in der Bürgerveranstaltung katalysiert werden solle, die Verwaltung diese aber intern erst vorbereiten müsse. **Frau Jahn** bejahte dies. **Herr Hartmann** betonte, dass diese Sache auf jeden Fall am 20.03.2017 im Stadtbezirksbeirat thematisiert werde und eine interne Vorbereitung aus seiner Sicht wichtig sei.

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, sagte, dass vor längerer Zeit in Angriff genommen wurde, in diesem Bereich ein Quartiersmanagement durchzuführen. Es sei zu klären, wer eine BV einbringe. Es bestehe dringender Handlungsbedarf, da viele Anwohner enttäuscht seien. Seine Fraktion wäre bereit, eine entsprechende Vorlage einzubringen, sei aber auch zu einer offenen Diskussion für ein gemeinsames Vorgehen bereit. **Frau Jahn** regte an, in diesem Zusammenhang mehr miteinander zu kommunizieren, als mehr Vorlagen einzubringen. **Herr Meier** wird **Frau Jahn** den BV Entwurf zusenden und beide werden das Gespräch darüber suchen.

Herr Schönemann fragte, wie der aktuelle Stand bezüglich Retentionsbecken für Starkregen im Bereich des Ortsteiles Mosigkau ist. Es müsse abschließend geklärt werden, wie die Entwicklung weiter verlaufe. Auf Grund der Ortsgröße habe das Thema eine entsprechende Bedeutung. **Herr Pfefferkorn** antwortete, dass im Hochwasserausschuss im November 2016 beschlossen wurde, dass die technisch mögliche Vollvariante bis zu einer Höhe von 1 Millionen Euro, verwirklicht werden soll. Die Finanzierung als Förderprojekt sei somit gestellt. Die Hangfichten und die technische und morphologische Herstellung des Teiches seien somit möglich. Der Antrag wurde bereits gestellt, es gebe aber immer wieder Rückfragen diesbezüglich. In wenigen Wochen sei mit dem Zuwendungsbescheid zu rechnen und danach könne mit der konkreten Planung begonnen werden. Dies könnte voraussichtlich der Monat April sein. Es gäbe keine Signale, dass innerhalb des Förderprogramms in diesem Zusammenhang Abstriche gemacht würden. Für Details würde auch der Ortschaftsrat mit eingebunden werden. **Herr Schönemann** fragte, wann die zeitliche Zielsetzung für die Umsetzung sei. **Herr Pfefferkorn** antwortete, dass dieses Jahr die Planung und 2018 die Umsetzung geschehen soll. Die naturschutzrechtliche Genehmigung müsse dafür noch eingeholt werden.

Herr Schönemann fragte, wie der Umgang mit den Bibern in der Stadt Dessau-Roßlau gestaltet werden soll. **Herr Unger, Sachgebietsleiter Wasser- und Naturschutzbehörde**, informierte darüber, dass die meisten Biber keine Probleme bereiten. Nur ein paar wenige Biberquartiere sind in diesem Zusammenhang an suboptimalen Stellen aufgefallen. Das betrifft die Taubenniederung, den Raum Alten, Mosigkau und Kleutsch. Es gibt Steuerungsmöglichkeiten, aber es handle sich um eine besonders streng geschützte Art. Der Gesetzgeber besagt, dass immer das mildeste Mittel für den Umgang zu wählen ist. Mit Zäunen und Anstrichmitteln können Bäume vor Verbiss geschützt werden. Bei Anstauungen kann durch Dränagen ein moderates Absenken des angestauten Wassers herbeigeführt werden. Unterschiedliche Rohre werden dafür in den Damm verlegt. Laien sollten nie selber Hand anlegen, da das Naturschutzrecht einen sehr geringen Gestaltungsspielraum bietet und ihnen oft das nötige Fachwissen fehlt. Die Problemlage entstände dadurch, dass die großen Biberreviere an Mulde und Elbe zu großen Teilen besetzt seien. Durch den Raps- und Maisanbau haben sich für die Tiere außerdem neue Nahrungsgründe erschlossen. Aus diesem Fakt ergebe sich für die Betroffenen immer ein Problem für die Bebauung oder

die Flächennutzung. Grundsätzlich sollten sich Betroffene an die Unterhaltungsverbände, die für den freien Wasserabfluss an Gräben 2. Ordnung zuständig sind, wenden. Diese entscheiden dann, ob es ein Problem im Gewässer ist oder ob die untere Naturschutzbehörde angerufen werden muss, da eine Biberaktivität vorliegt. Interessierte Gruppen können sich mit dem Arbeitskreis Säugetierschutz in der Stadt Dessau-Roßlau in Verbindung setzen. Dessen Treffen finden monatlich statt und werden durch die Presse entsprechend auch beworben. Er würde die Verbindung zwischen dem Ortschaftsrat Mosigkau und dem Arbeitskreis Säugetierschutz herstellen.

Herr Schönemann unterstrich, dass dieser regelmäßige Informationstausch wichtig sei, um Spekulationen und Alleingänge vorzubeugen. Eingriffe müssen in abgestimmter Form mit Fachleuten durchgeführt werden.

7 Beschlussfassungen

7.1 Resolution zur dauerhaften Anbindung des Hauptbahnhofes Dessau in das Eisenbahnfernverkehrsnetz und Gewährleistung regelmäßiger ICE- und IC-Halte insbesondere nach Berlin und Leipzig Vorlage: BV/499/2016/IV-80

Herr Dr. Jost Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, betonte, dass er die Hoffnung für eine ICE-Anbindung für Dessau-Roßlau nachvollziehen könne, aber die realen Chancen als relativ gering bewerte, da es zum jetzigen Zeitpunkt keine ICE Strecke über Dessau-Roßlau gibt. Man sei eher daran interessiert, die bestehenden Fernverbindungen der Bahn zu erhalten. **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, erwiderte, dass das Vorhaben nun initiiert wurde und die langfristige Umsetzung das Ziel sei. **Herr Dr. Jost Melchior** antwortete, dass diese Idee in der Realität nicht ernst zu nehmen sei. **Herr Schönemann** entgegnete, dass das Thema nach wie vor interessant bleibe.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Vorlage wurde ungeändert beschlossen.

7.2 Bebauungsplan Nr. 219 „Luchplatz“/Abwägungs- und erneuter Billigungs- und Auslegungsbeschluss Vorlage: BV/494/2016/III-61

Herr Dr. Jost Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, betonte, dass er es für wichtig halte, dass die Verwaltung in diesem Zusammenhang auch auf Einbindung des Landes einginge. **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, ergänzte, dass er darum bitte, dass in diesem Zusammenhang auch auf die Beteiligung des Ortschaftsrates Roßlau eingegangen werde.

Herr Schmidt, Abteilungsleiter Städtebau und Planungsrecht, stellte fest, dass Hintergrund dieser BV eine Stellungnahme aus der Raumordnung sei, welche besage, dass in diesem Zusammenhang die Ziele des Landesentwicklungsplanes beachtet werden müssen. So sollen Sondergebiete von großflächigem Einzelhandel an die zentralen Orte gebunden werden. Auf der Beikarte 2A des Landesentwicklungsplans sei im Plan „für das Oberzentrum Dessau-Roßlau“ Roß-

lau gar nicht verzeichnet. Dieser Umstand sei ein Grund dafür, dass die weitere Aufgabe aus dem Landesentwicklungsplan, das Sichern der grundzentralen Versorgungsaufgaben durch die Oberzentren, dort realisiert werden muss, wo der Bedarf bei der Nahversorgung besteht. Roßlau müsse auch in diesem Zusammenhang Beachtung finden. Aus diesem Grund, wurde mit dem Landesverwaltungsamt gemeinsam der B-Plan noch einmal qualifiziert. Es handle sich um einen einfachen B-Plan, der keine Sondergebietsfestsetzung benötigt. Die Gemengelage vor Ort rechtfertige außerdem auch kein Sondergebiet. Mit dieser zweiten Offenlage soll gezeigt werden, dass das Zentrenkonzept umgesetzt und erfüllt werde. Es soll deutlich werden, dass es sich um kein sondergebietspflichtiges Vorhaben handle, da das Vorhaben im Zentrenkonzept niedergeschrieben sei. Es handle sich außerdem um einen städtebaulich integrierten Standort.

Herr Dr. Jost Melchior wies darauf hin, dass immer wieder Bedenken geäußert werden, dass durch die Straßenanbindung über die Luchstraße Staus entstünden. **Herr Schmidt** antwortete, dass es dazu eine verkehrstechnische Untersuchung gegeben habe und diese mit den entsprechenden Fachstellen abgestimmt wurde.

Herr Schönemann betonte, dass der Landesentwicklungsplan im Zusammenhang mit Roßlau sicher noch lange Zeit ein wichtiges Thema sei. Es müsse versucht werden ihn bestmöglich für die Stadt Dessau-Roßlau zu nutzen und zu modifizieren. Es bestehe die Chance sich gegen die Intention des Plans maßvoll zu wehren. **Herr Dr. Jost Melchior** entgegnete, dass in einer Stellungnahme geschrieben stehe, dass die Stadt dem Verfahren zugestimmt habe. Er stelle die Frage, ob dies der Wahrheit entspreche. **Frau Jahn, Leiterin des Amts für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, antwortete, dass es zu dem Landesentwicklungsplan von der Stadt einen Hinweis gegeben habe. Es wurde empfohlen, bei der Grenzziehung des zentralen Ortes eine Qualifikation auf der Ebene des Flächennutzungsplanes zu erreichen. Diesem sei jedoch nicht gefolgt worden. **Herr Schmidt** ergänzte, dass dieses Vorgehen einen Widerspruch darstelle, da der Wortlaut zum zentralen Ort von „einer Erweiterung im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklung“ ausginge und nicht auf ein Schrumpfen abziele. Durch die Beschlussvorlage solle Klarheit geschaffen werden, was der Landesentwicklungsplan bei der zentralen Nahversorgung wirklich beabsichtige. **Herr Schönemann** betonte, die Wichtigkeit dieses Themas und dessen Bedeutung, auch in anderen Fragen der baulichen und sozialen Gestaltung der Stadt.

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, fragte nach, wie hoch die Chancen gewertet werden, dass das Land dennoch sagt, dass das Vorhaben nicht mit den Zielen der Raumordnung vereinbar sei. Er habe die Stellungnahme so verstanden, dass durch Flächenerweiterungen auch gegen das Zentrenkonzept verstoßen werde. **Frau Jahn** verneinte dies und betonte, dass das Vorhaben im Zentrenkonzept und im B-Plan zum Handel enthalten sei. Dieser Plan sei damals bewilligt worden. Er sei Grundlange für die jetzige Arbeit.

Herr Dr. Jost Melchior entgegnete, dass er darüber keine Informationen im Zentrenkonzept gefunden habe. **Herr Schmidt** unterstrich, dass der Luchplatz in diesem Konzept enthalten war. **Frau Jahn** sagte, dass ein Grund dafür gewesen sei, dass es damals noch nicht möglich gewesen sei, die Quadratmeter zu nennen, die nötig seien, um diesen Standort zu stabilisieren. **Herr Schmidt** ergänzte, dass es entscheidend sei, dass dieses Gebiet im Zentrenkonzept mit einer Hierarchie belegt ist, die nach der Dessauer und Roßlauer Innenstadt, die nächste Versorgungsstufe aufweise und den Nahversorgungsauftrag für Roßlau mit zu erfüllen hat.

Herr Schönemann fasste zusammen, dass es sich um eine Qualifizierung des veralteten Angebots handle. **Herr Schmidt** unterstrich, dass durch den B-Plan verhindert werden soll, dass leerstehende Flächen Zentren unverträglich genutzt werden. **Herr Dr. Jost Melchior** fragte, ob ein zusätzlicher Discounter möglich wäre. **Herr Schmidt** und **Herr Schönemann** verneinten dies.

Abstimmungsergebnis:

3 : 0 : 4

Die Vorlage wurde ungeändert beschlossen.

7.3 **Bebauungsplan Nr. 147A „Weiterentwicklung zentraler Versorgungsbereich Schlachthof Dessau-Nord“ mit örtlichen Bauvorschriften, Billigungs- und Auslegungsbeschluss** Vorlage: BV/502/2016/III-61

Herr Dr. Jost Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, merkte an, dass er das Vorhaben für eine Fehlentwicklung halte, da es immer wieder zu einer Ausweitung von Verkaufsflächen käme und das obwohl bekannt sei, dass Dessau-Roßlau zu viele davon habe. In der letzten Zeit sei es wieder zu einer Ausweitung von Vollversorgern gekommen. Aus dem Zentrenkonzept gehe diese Entwicklung nicht hervor. Er schlage vor, dass das Zentrenkonzept bezüglich der jetzigen Situation evaluiert werde. Das Kaufverhalten und die demografische Entwicklung müssten dabei ebenfalls Beachtung finden. **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, sagte, dass die Entwicklung über Jahre so gehandhabt wurde, damit die Lebensqualität, z.B. in der Goethestraße, durch Nahversorgung erhöht werde. Diese Synergien spiegelten sich auch dadurch wider, dass alle erforderlichen Gutachten und Kosten durch den Investor auf den Punkt gebracht wurden. Er könne die Diskussion nicht nachvollziehen. Die Wagnerpassage sei in Form eines Zugeständnisses hinzugekommen. Er fände die Art der Hineininterpretation teilweise fragwürdig, da damals einvernehmlich aus der Entwicklung heraus, den Investoren der Wagnerpassage, Zugeständnisse gemacht wurden, da sie suggeriert hatten, dass sie sich an die Bedingungen der städtischen Rahmenplanung halten. Die Zustimmung in dieser Sache sei auch eine Frage der Verlässlichkeit gegenüber Investoren. Der Investor habe sich über 8 Jahre verlässlich eingebracht und als verlässlich bewiesen. Der Investor solle in seiner Intention begleitet werden und der Standpunkt Goethestraße als qualitativ hochwertiger Nahversorger im Quartier aufgewertet werden. Das Lebensniveau des Quartiers solle so einen neuen Stand bekommen und langfristig stabilisierend wirken. **Herr Tschammer, Fraktion der SPD**, stimmte diesem Standpunkt zu. Als Kommunalpolitiker stehe man im Wort. Die Stadt, die Verwaltung und der Investor haben die Entscheidung getragen. Dieser stünde nach wie vor zu seinen Zusagen und dies sei entscheidend. Die Politik könne Investoren nicht befehlen, an einer bestimmten Stelle zu investieren und deswegen bedürfe es in dem konkreten Fall der Vorhabenunterstützung. Dessau-Nord sei ein florierendes Stadtviertel und müsse entsprechend gefördert werden. Die Bevölkerung könne sich auch finanziell einen Vollversorger leisten. Zum Ende des Verfahrens solle der Prozess nicht zerredet werden, damit sich der Investor nicht zurückzieht.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, stimmte dem zu, betonte jedoch, dass er auch Dr. Melchior verstehe und nicht nachvollziehen könne, warum das Gutachten nicht qualifiziert worden sei. Seine Fraktion sehe die Größe des Versorgers als innenstadtgefährdend. Ein erweiterter Discounter würde die Aufgabe der Nahversorgung ebenfalls erfüllen und eine Qualitätsverbesserung darstellen.

Herr Schönemann sagte, dass der Standpunkt Goethestraße untergehe, wenn er nicht entsprechend unterstützt werde. Nach acht Jahren konstruktiver Arbeit, welche auch immer wieder von richtungsweisenden Beschlüssen geleitet wurde, müsse in diesem Fall ein abschließender Beschluss stehen.

Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste, ergänzte, dass Herr Schmidt eine Richtigstellung zum Thema Gutachten und Zentrenkonzept machen werde. **Herr Schmidt, Abteilungsleiter Städtebau und Planungsrecht**, stellte fest, dass in dem Gutachten stünde, in welche Richtung das Einkaufsverhalten der Bewohner ginge. Vordergrundig sei dieses stadtteilbezogen. Seit es das Zentrenkonzept gäbe, werden eine Dispersion Strategie und eine Konzentrationsstrategie in der Stadt verwendet. Welche Strategie Einsatz fände, sei sortimentsabhängig. In dem bevölkerungsstarken Stadtteil Nord, müsse der Auftrag der Nahversorgung aus dem Zentrenkonzept umgesetzt werden. **Herr Schönemann** betonte, dass die Synergien so schon lange von den Beteiligten wahrgenommen wurden.

Herr Otto betonte, dass alle Einkaufsmöglichkeiten, die nicht im Zentrum entstünden, die Kaufkraft entsprechend dort absenken würden. In dem Gutachten stehe, dass die Vorschädigungen

nicht berücksichtigt worden sei. **Herr Dr. Jost Melchior** ergänzte, dass die jetzigen Maßnahmen eine Konkurrenz zu den hochwertigen Projekten im Innenstadtbereich eröffnen und diese dann schwächen. Er sei mit dieser Lösung nicht zufrieden. **Herr Schönemann** betonte, dass er diese Schwächung nicht sehe.

Herr Tschammer beantragte die Abstimmung.

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/ Die Grünen, informierte darüber, dass seine Fraktion damals bei der Wagnerpassage die Qualität der Vorlage und den Umgang mit den Investoren kritisiert hatte und wies den Vorwurf der Klientelpolitik zurück. Er betonte außerdem, dass er sehr wohl auch die Verantwortung gegenüber den innerstädtischen Investoren sehe. Es stelle sich die Frage, ob es eine ähnliche Stellungnahme des Landes geben könne, wie am Luchplatz. **Herr Schönemann** und **Frau Jahn** verneinten dies und sagten, dass es in kommunaler Entscheidungsgewalt läge. **Herr Dr. Jost Melchior** unterstrich, dass er es für sehr bedenklich halte, dass immer mehr Verkaufsflächen geschaffen würden. **Herr Schönemann** entgegnete, dass in Qualität investiert werde und ein Vollversorger etwas anderes als ein Discounter sei.

Abstimmungsergebnis:

4 : 3 : 0

Die Vorlage wurde ungeändert beschlossen.

7.4 Beschluss zur Finanzierung der Entwurfsplanung und Antragstellung STARK III plus EFRE für das Projekt "Generalsanierung Grundschule und Hort Tempelhofer Straße"
Vorlage: BV/041/2017/III-65

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Vorlage wurde ungeändert beschlossen.

Herr Schönemann schloss den öffentlichen Teil der Sitzung.

10 Schließung der Sitzung

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, bedankte sich für die gute Mitwirkung und schloss um 19:35 Uhr die Sitzung.

Dessau-Roßlau, 06.04.17

Ralf Schönemann
Vorsitzender Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Sebastian Böckelmann
Schriftführer